



Wie in der Regierung Merkel, so ist es überall bei uns: Frauen kommen nun häufiger in Toppositionen, aber der Vorsprung der Männer ist größer als andernorts.

Gender Mainstreaming in Kommunen

Von Stefan Grönebaum

Der englische Begriff „Gender“ bezeichnet das soziale Geschlecht, also gesellschaftliche Geschlechterrollen von Frauen und Männern. „Mainstreaming“ meint, eine inhaltliche Vorgabe bei allen Entscheidungen und Prozessen ins Zentrum zu rücken. Der Begriff „Gender Mainstreaming“ (GM) wurde auf der 4. Weltfrauenkonferenz der UN in Peking 1995 verankert und ist seit dem Amsterdamer Vertrag 1999 offizielle Politik der EU. Im Jahr 2000 wurde GM in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankert, im Koalitionsvertrag 2005 bekräftigt. Der Deutsche Städtetag beschloss in Leipzig 2001 die Umsetzung von GM in kommunales Handeln. So ist GM heute auf allen politischen Ebenen Prinzip der Verwaltungshandlung.

Dabei haben deutsche Frauen GM nötiger als andere: Eine Accenture-Studie ergab Anfang 2006, dass sie am schwersten Toppositionen erreichen. Im Lande Angela Merkels sehen nur 16 Prozent der Frauen gleiche Karrierechancen. Eine IAB-Studie sieht sie zu 41 Prozent in Spitzenjobs des öffentlichen Dienstes, wobei sie zwei Drittel der Beschäftigten stellen. Frauen haben bei Bildung und Abschlüssen aufgeholt, verdienen aber im Durchschnitt 23 Prozent weniger. In 30 DAX-Unternehmen ist genau eine Frau im Vorstand. Im Bundestag sind 194 Frauen, also 31,6 Prozent, im Bundeskabinett sind es sechs, also 37,5 Prozent. Alle Ministerpräsidenten und

Parteivorsitzende sind Männer. Die Zahl der Frauen in Spitzenjobs steigt langsam, liegt aber noch weit zurück. Auch der 1. Gender-Datenreport der Bundesfrauenministerin von Ende 2005 und der Report „Frauen in Deutschland 2006“ des Statistischen Bundesamts belegen den Rückstand der Frauen auf vielen Feldern.

Ob der jährlich vorzulegende Bericht der Bundesregierung zur Gleichstellung dies ändert, ist fraglich. Während Wien Ende 2005 den ersten „gegenderten“ Haushalt beschloss, werden wie in Hessen Gleichstellungsgesetze geändert, Mittel gekürzt, wie Judith Pauly-Bender, frauenpolitische Sprecherin der Hessen-SPD, beklagt. Laut Landesregierung Rheinland-Pfalz sind von 15 freiwilligen Gleichstellungsbeauftragten im Land 9 geblieben, hatten 1998 20 Gemeinden ihren Aufgaben nicht genügt, waren es 2005 schon 40, Gleichstellung erlebt derzeit ein „Roll-Back“.

Angesichts dessen ist GM ein Top-down-Prozess, der über den Einbezug der Lebenslagen von Frauen und Männern darauf abzielt, Ungleichheiten abzubauen oder sichtbar zu machen. Meist geht der Impuls von der Verwaltungsspitze aus, die GM als systematische Strategie für alle Politikfelder beschließt, umsetzt und evaluiert. So gibt es in Berlin seit Anfang 2003 eine GM-Geschäftsstelle, die GM seit 2004/5 in allen Senats- und Bezirksverwaltungen umsetzt, 2004 wurde für Haushal-

Anlag 3 - Top 7
aus
Demo: 4/2006

te aller Ebenen das sog. Gender Budgeting vorgeschrieben, das geschlechtsspezifische Aus- und Einnahmen offen legen und ggfs. korrigieren soll. Seit 2005 gibt es den sog. Gender-Check, der die Folgen von Senatsvorlagen für Geschlechter prüft.

Querschnittsthemen haben es schwer

Insgesamt geht es GM in Kommunen nicht anders als allen Querschnittsthemen: Es steht und fällt mit dem Engagement der Spitze, wird gern mit Lippenbekenntnissen der Politik(er) auf engagierte Frauenpolitikerinnen abgeschoben, denen man nötige finanzielle und personelle Ressourcen verweigert. Dabei bringt GM Vorteile, da es Ungleichheiten offen legt, Mitarbeiter(innen) motiviert, sparen hilft und Klima wie Image der Verwaltung verbessert.

Anfangs diffundierte GM mühsam aus der akademischen Frauenforschung in die kommunale Praxis. Manche Frauenpolitikerin sieht GM nicht als Ergänzung, sondern als Konkurrenz, als „weichgespülte Emanzipation von oben“. Und viele Kommunen tun sich schwer mit GM, Ansätze bleiben vereinzelt, es fehlt an politischem Verständnis, Willen, Systematik. Viele stecken mitten im Lernprozess oder testen Einzelprojekte wie Freiburg oder Hannover. Und die Finanznot steht über allem. So droht GM zu enden wie Agenda-Prozesse u.v.a.: Am Rand des politbürokratischen Alltags, wo sich Gutmenschen verzweifeln gegen ihre Nischenrolle stemmen, drohen nur noch Papierberge zu entstehen, die keinem Geschlecht nutzen. Dabei sind optimale Bedingungen für GM angebar: Es bedarf grundsätzlicher Reformbereitschaft der Verwaltung und einer gut ausgestatteten, kooperationsfähigen Gleichstellungsstelle, die von aktiven Initiativen kritisch begleitet wird.

Linkliste

http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html
www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Gleichstellung/gendermainstreaming.html
www.bpb.de/gender
www.destatis
www.gem.or.at/de/index.htm
www.genderkompetenz.info
www.gender-mainstreaming.net
www.staedtetag.de

Querschnittsthema GM – am Beispiel Wien

Von Sonja Wehsely, Wiener Stadträtin für Integration, Frauenfragen, KonsumentenInnenschutz und Personal

Gender Mainstreaming (GM) zielt darauf ab, die Perspektive beider Geschlechter bereits im Vorfeld in alle Entscheidungen und Maßnahmen einfließen zu lassen, d.h. zum „normalen“ Handlungsmuster zu machen. Das bedeutet, Frauenanliegen nicht als Randthemen mit ein paar Sonderprogrammen zu behandeln, sondern dass Gleichstellung selbstverständlicher Teil aller Prozesse und damit letztlich des Alltagslebens wird.

Auf Wiener Landesebene gibt es seit vielen Jahren ein klares politisches Bekenntnis zu querschnittsorientierter Frauen- und Gleichstellungspolitik. Dieses Bekenntnis spiegelt sich in der Verwaltung insofern wider, als in der Geschäftseinteilung des Magistrats am 1. Januar 2000 GM verankert wurde. Zuständige Stelle war bis Oktober 2005 die Frauenabteilung der Stadt Wien.

Die größte Beachtung findet der Gender-Aspekt in Wien bisher in Stadtplanung und Wohnbau, im Gesundheits- und Jugendbereich und im Stadtgartenamt. Auch die von der Stadt Wien dotierten Fonds arbeiten nach GM-Prinzipien. So hat der Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (waff) GM in seiner Geschäftsordnung und im Controllingssystem einen eigenen GM-Index verankert.

Die Umsetzung von GM wurde zuerst von der Frauenabteilung der Stadt (Magistratsabteilung 57) koordiniert. Sie betrieb seit ihrer Gründung 1992 – neben frauenspezifischer Lobbyarbeit und Gleichbehandlungspolitik – Vernetzungsarbeit und ressortübergreifende Kooperation mit den jeweiligen Fachdienststellen. Doch die Umsetzung von GM als Querschnittsthema in allen Bereichen der Verwaltung gestaltete sich von der Frauenabteilung aus insofern schwierig, als sie als eine Magistratsabteilung gegenüber anderen Abteilungen keine offizielle Koordinierungsfunktion bzw. Projektleitungsrolle ausüben konnte und als solche nicht akzeptiert wurde. Eine weiteres Problem waren die Personalressourcen. Die Umsetzung einer neuen Materie wie GM erfordert v.a. zu Anfang viele Ressourcen für zeitintensive Beratungen, Wis-

sensvermittlung und Vernetzungstätigkeit. Das fachliche Wissen war zwar in der Frauenabteilung vorhanden, die zusätzlich erforderlichen Personalkapazitäten aber nur bedingt.

Um die Umsetzung tatsächlich querschnittsmäßig in allen Bereichen der Verwaltung zu ermöglichen und ein klares Signal der Verwaltungsspitze zu setzen, wurde im Oktober 2004 ein Gender-Verantwortlicher ernannt. Unterstützt von einer Steue-

rungsgruppe legte er im Mai 2005 ein Konzept für die Implementierung von GM vor.

Auf allerhöchster Ebene

Im Oktober 2005 wurde per Erlass des Magistratsdirektors eine eigene Projektleiterin für die Umsetzungsphase in der Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation eingesetzt.

Diese Positionierung von GM direkt in der

Projektstelle Gender Mainstreaming – Arbeitsschwerpunkte und Angebote:

Informations- und Wissensvermittlung:

- Bereitstellung von Fachliteratur und Best-Practice-Beispielen
- Aufbereitung von Informationen für konkrete Anwendbarkeit in der Verwaltung
- Vortragstätigkeit zur Einführung in das Thema GM und Vermittlung von Umsetzungsmethoden
- Informationsveranstaltungen, auch für einzelne Dienststellen bzw. Vermittlung und Beratung bei der Auswahl von BeraterInnen und TrainerInnen

Strategische Koordination und Vernetzung:

- strategische Koordination des magistratsweiten Gender-Mainstreaming-Prozesses
- Vernetzung von Experten und Expertinnen

Analyse und Implementierung:

- Analyse von Verwaltungsstrukturen, Arbeitsabläufen, Dienstleistungen und Produkten unter dem Aspekt gleichstellungsspezifischer Wirkungen
- Entwicklung von Strategien zur Veränderung jener Rahmenbedingungen, die geschlechtsspezifische Benachteiligungen hervorbringen
- Entwicklung von praktischen Arbeitsmaterialien zur Unterstützung des Implementierungsprozesses

Beratung:

- Beratung und Betreuung bei der inhaltlichen und organisatorischen Umsetzung von Gender Mainstreaming

Aufbau eines Berichtswesens:

- Aufbau einer Projektdatenbank für erfolgreiche Initiativen und Projekte innerhalb des Magistrats
- Integration von GM in das Berichtswesen des Magistrats
- Entwicklung von Evaluierungsmethoden und Kennzahlen zur Messung des Fortschritts und der Qualitätssicherung
- Informationsmanagement

Konzernspitze sowie die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, die Definition eines klaren Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs und die Entkoppelung der Zuständigkeiten von Frauenförderung und GM bieten neue Möglichkeiten und eine effektivere Vorgangsweise. Als sehr positiv erweist sich auch die Ansiedlung im Geschäftsbereich Organisation, da es hier zu Synergieeffekten mit vorhandenem Know-how und Kompetenzen in den Bereichen Projektmanagement, Organisationsberatung, Controlling und Qualitätsmanagement kommt – also genau in jenen Bereichen einer Organisation, die auch die Kernstücke der Umsetzungsmethoden von GM darstellen.

Gender Budgeting: Wie „geschlechtergerecht“ sind die Budgetausgaben?

Ein wesentlicher Aspekt von Gender Mainstreaming ist Gender Budgeting (GB). Es hat das Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern systematisch in den Prozess der Budgeterstellung einzubeziehen. Die zentrale Frage ist aber, ob die Haushaltsmittel gerecht unter

den Geschlechtern aufgeteilt werden.

Am Anfang steht eine Analyse, um zu erkennen, wem Leistungen und Produkte der öffentlichen Hand wie nutzen. Konkret geht es darum zu prüfen, wem finanzielle Mittel und Leistungen zugute kommen, wie deren Nutzung erfolgt und ob diese Ressourcenverteilung dazu beiträgt, die Unterschiede zwischen Geschlechtern zu vergrößern oder zu verkleinern.

Am Anfang von GB in Wien stand die Enquete der Frauenabteilung Ende 2004 „Gender Budgeting – Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen“. Ziel der Veranstaltung war ein kritisches Hinterfragen und die Diskussion der konkreten Anwendbarkeit von Gender Budgeting in öffentlichen Verwaltungen. Im Januar 2005 entschloss sich Wiens Landesregierung zur Erweiterung des GM-Prozesses um GB. Dazu wurde eine Mitarbeiterin der Finanzverwaltung mit den BudgetkoordinatorInnen der Geschäftsgruppen zur GB-Beauftragten bestellt.

Der erste „genderte“ Etat Österreichs

Seit Anfang Juli 2005 ist GB in der Geschäftseinteilung des Magistrats verankert. Mit dem Budgetvoranschlag für 2006 setzte Wien eine Benchmark für Österreich: Erstmals gibt es ein eigenes Kapitel für GB im Voranschlag. Im Gegensatz zum Bund u.a. Ländern wurden dabei nicht nur Teilbereiche des Budgets beleuchtet, sondern alle Ansätze auf ihre Geschlechterrelevanz hin überprüft. Das soll auch bei allen künftigen Budgetvoranschlägen der Fall sein. Da es österreich- wie europaweit keine einheitliche Berechnungsmethode gibt, wird zudem ein spezifischer Methodenansatz entwickelt, die „Wiener GB-Indikatoren“. Im nächsten Schritt sind für alle ControllerInnen im Magistrat GB-Schulungen geplant.



Foto: SPÖ

Sonja Wehsely (SPÖ) ist erreichbar über Michaela Kauer, Büroleiterin u.a. der Geschäftsgruppe Frauenfragen, ☎ (00431) 4 000 81 284.

GM in deutschen Kommunen

Eine Städtetags-Umfrage von 2003 zeigt, dass sich die Städte noch schwer tun mit dem Thema

Bisher tun sich deutsche Städte schwer, die Geschlechterperspektive in ihre Entscheidungen und Maßnahmen einzubinden. Eine Umfrage, die der Deutsche Städtetag Anfang 2003 an 384 Mitglieder verschickte, wurde nur von 81 Städten oder 23 Prozent beantwortet.



Die Landeshauptstadt München – Vorkämpfer bei Gender Mainstreaming.

54 Prozent davon erklärten, GM umzusetzen, aber nur 17 Städte tun dies in verschiedenen Bereichen. Als häufigste wurden genannt: Stadtplanung, Spielplätze, Jugendarbeit und Verkehrspolitik. Oft fehlt das Wissen, das GM Gleichstellungspolitik nicht ersetzt, sondern erweitert, wenige Städte arbeiten mit Checklisten. Häufig werde die Querschnittsaufgabe GM auf Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte „abgeschoben“, so Sabine Drees, Referentin u.a. für Frauenpolitik des Städtetags. Oft würden Ungleichheiten der Geschlechter sogar bestritten, vielfach gäbe es Ratsbeschlüsse, dem Lippenbekenntnis folgten aber keine Maßnahmen.

Der Städtetag gab Ende 2003 auf Basis der Antworten der Städte die Arbeitshilfe „GM Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen“ heraus: So „gendert“ die Landeshauptstadt Hannover seit Mitte 2003 alle Drucksachen zu den Auswirkungen auf die Geschlechter. In Heidelberg wird versucht, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, die Landeshaupt-

stadt München bemüht sich um einen „genderten Haushalt“, in Wiesbaden wurde der Bahnhofsvorplatz gendert geplant, in Leipzig gibt es genderte Angebote für Kinder- und Jugendliche, die geschlechtsspezifisch verschiedene Interessen berücksichtigen, und es gibt einen „mädchengerechten“ Spielplatz in Ulm, Jugendhilfeeinrichtungen in Darmstadt sowie ein gendertes Integrationskonzept in Gelsenkirchen.

Es fällt auf, dass GM in Klein- und Mittelstädten kaum eine Rolle spielt und in Großstädten selten als Querschnittsthema behandelt wird. GM als „Top-down-Prozess“ muss Chefsache sein und der – mit Ausnahmen wie Bärbel Dieckmann in Bonn, Ingrid Häußler in Halle und Beate Weber in Heidelberg – ist meist ein Mann. Bleibt also viel zu tun, bis die Kommunen die unterschiedliche Geschlechterperspektive nachhaltig berücksichtigen wollen.

Stefan Grönebaum

☐ Sabine Drees, Deutscher Städtetag, ☎ (0221) 3771-0, www.staedtetag.de

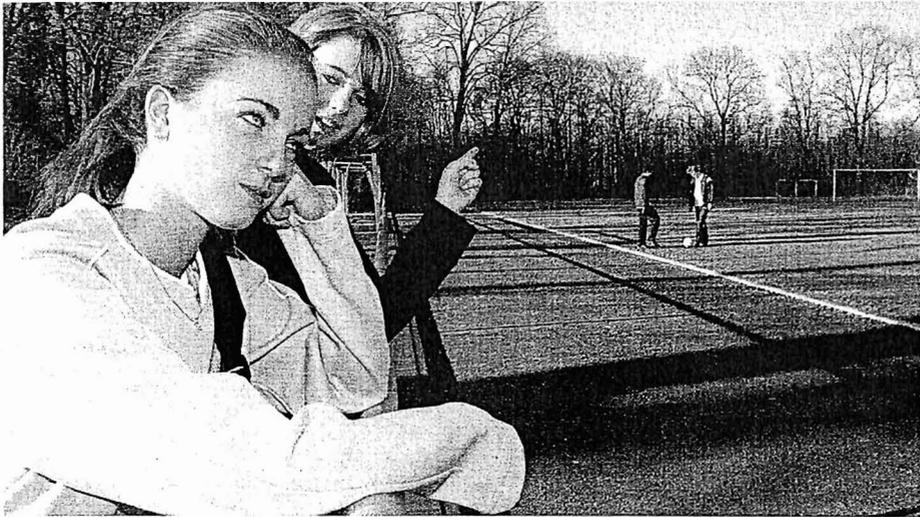


Foto: Das Fotoarchiv

Mädchen sind auf Sportplätzen eher Zuschauerinnen – nicht nur in Lichtenberg.

Für die Bürgerinnen und Bürger

Berlin ist bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming und -Budgeting bundesweit führend

Von Norbert Seeger

Berliner GM-Geschichte

Im Juni 1999 erkannte Rot-Grün die Gleichstellung von Frauen und Männern als Handlungsprinzip der Bundesregierung an und beschloss, diese Aufgabe mit der Strategie des Gender Mainstreaming (GM) zu fördern. Im Jahr 2000 wurde das Programm „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ gestartet, in dem GM zu den Leitgedanken gehört. Im Januar 2003 wurde in Berlin die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen eingerichtet. Sie soll die landesweiten Implementierungsprozesse von GM und GB (Gender Budgeting) in der Verwaltung koordinieren und evaluieren. Bereits im Juni 2002 hat das Abgeordnetenhaus die Einführung von GB in den Verwaltungen beschlossen. Berlin steht damit „bundesweit an der Spitze bei der Umsetzung von GB. GB schafft mehr Transparenz und Gerechtigkeit in öffentlichen Haushalten“, wie die Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung im Juni 2005 feststellt.

Ebenfalls 2003 startete in der Verwaltung eine einjährige Pilotphase, an der sich vier Senats- und acht Bezirksverwaltungen beteiligen. 2004 wurde GM auf alle relevanten Bereiche der Berliner Bezirks- und Senatsverwaltungen ausgedehnt. Seit Juli 2005 ist in Berlin für alle Senatsvorlagen eine Überprüfung ihrer Auswirkungen auf die Geschlechter, der sog. Gender-Check, vorzunehmen. Ab Ende 2006 sollen GM und GB in alle Bereiche der Senats- und Bezirksverwaltungen eingeführt werden.

Praxisbeispiele

Unter sanftem Druck „von oben“ (Top-down-Verfahren) initiierten die einzelnen Berliner Verwaltungen GM-Projekte mit unterschiedlichen Inhalten. Diese reichen von GM bei Bebauungsplänen und Wettbewerbsverfahren (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) über E-Learning im Strafvollzug (Senatsverwaltung für Justiz), GM und Sportförderung (Bezirksamt Lichtenberg) bis zu GM in der Beratungsarbeit für behinderte und pflegebedürftige Personen (Bezirksamt Charlottenburg). Dabei stand nicht nur die Herstellung von Chancengleichheit der Geschlechter im Vordergrund, sondern auch die unterschiedlichen Herangehensweisen oder Nutzungen durch Frauen und Männer. So wurde in Lichtenberg festgestellt, dass die öffentlichen Sportanlagen nur zu 38 Prozent von Frauen und Mädchen genutzt werden, wobei diese vorzugsweise in der Halle spielen, während Männer und Jungen auf den offenen Plätzen dominieren. Um den Anteil von Sportlerinnen zu erhöhen, „wird in den nächsten Haushaltsjahren das Budget neben der Sanierung von Sporthallen schwerpunktmäßig für Baumaßnahmen auf ungedeckten Sportanlagen eingesetzt, um deren Attraktivität für junge Mädchen und Frauen zu erhöhen“, so eine Selbsteinschätzung der Lichtenberger.

Nicht nur die Nutznießer, sondern auch die Nutzer staatlicher Verordnungen stehen im Fokus des Gender-Checks der Verwaltungen. So stellte man in Charlotten-

burg fest, dass bei der Beantragung von Hauswirtschaft die von Männern gestellten Anträge zu 78 Prozent bewilligt wurden, denen von Frauen wurde nur zu 73 Prozent stattgegeben. Noch signifikanter war der Unterschied bei der Bewilligung von sozialer Betreuung. So bewilligten Sozialarbeiterinnen diese Pflegeleistung bei 90 Prozent der antragstellenden Männer, aber nur bei 67 Prozent der Frauen, während ihre männlichen Pendanten keinen Geschlechtsunterschied machten und die Anträge zu 100 Prozent bewilligten. Als mögliche Ursache dieser Diskrepanz wird „ein Mehr an Mitgefühl bei Sozialarbeiterinnen gegenüber dem armen, vereinsamten alten Mann“ vermutet, während gegenüber älteren Frauen das Gefühl vorherrsche, „die schaffen das schon, haben ja Nachbarn und Kinder“ (*Dokumentation der Fachkonferenz GM, 2005; d. Red.*).

Resümee

Über GM als Strategie zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern resümierte ein Bericht des Abgeordnetenhauses: „Wie die Berliner Verwaltungsreform insgesamt zielt auch Gender Mainstreaming auf eine Qualitäts-, Effektivitäts- und Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns, indem eine Vertiefung und Präzisierung des Verständnisses der Interessen und Belange derjenigen angestrebt wird, die im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen sollen: die Bürgerinnen und Bürger Berlins.“

□ www.berlin.de/gendermainstreaming

Warum GM manchmal nicht funktioniert

Ein Erfahrungsbericht mit bürokratischer Gleichstellungspolitik

GM ist kein einfaches Thema. Vielen ist es neu. Anfangs scheint es abstrakt. Daher wollte ich hier ein Praxisbeispiel vorstellen. Auf Ratschlag einer Expertin recherchierte ich ein Personalentwicklungsprojekt der Bezirksverwaltung Kreuzberg-Friedrichshain.

Doch daraus wurde nichts. Denn GM hat

meist mit Verwaltung zu tun, in diesem Fall mit Berliner Verwaltung. Zu Beginn suchte ich noch zuversichtlich unter www.berlin.de und stieß dabei sofort auf die Berliner GM-Geschäftsstelle. Auf deren Seite befinden sich viele allgemeine Informationen sowie spezielle Angaben zu allen Aktivitäten der Berliner Verwaltung.

Erstaunt stellte ich fest, dass das gesuchte Projekt dort nicht erscheint. Um mehr zu erfahren, versuchte ich, die Kontaktperson zu erreichen. Vergebens. Zwei Wochen lang war sie nicht zu sprechen. Ihr Kollege konnte mir auch nicht helfen, da er nicht für GM zuständig sei. Auch viele weitere Anrufe quer durch Berlins Büros blieben erfolglos, da die Beamten entweder durch Abwesenheit oder Unwissen glänzten. Anspruch und Wirklichkeit von GM in Berlin scheinen noch weit auseinander zu liegen.

Am Ende versuchten wir erneut unser

Glück bei der zentralen GM-Geschäftsstelle. Die müssten es ja wissen, könnte man meinen. Die Realität sah anders aus. Die Leiterin der Geschäftsstelle bezeichnete unsere Fragen als abwegig und wunderte sich, woher wir ihre Telefonnummer hätten. Sie zeigte sich erstaunt, dass findige Journalisten diese auf ihrer Homepage gefunden haben. Unsere Expertinnen wollten sie zunächst nicht kennen, dann sagte sie über sie: „Ach, diese SPD-Frauen!“

GM muss also nicht nur am Widerstand unsensibler Männer scheitern, sondern kann dies auch an der geschlechtsunabhängigen Desorganisation und Inkompetenz mancher Verwaltungen. So dürfte es wohl noch ein Weilchen dauern, bis Gender in den deutschen Kommunen den Mainstream erreicht. *Mark Herten*

□ www.berlin.de/sen/waf/gm/index.html

Literaturhinweise

Silke Bothfeld/Sigrid Gronbach u.a., *GM – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik*, Frankfurt a. M. 2002

Michael Meuser/Claudia Neustüss u.a., *GM – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente*, Bonn 2004

Antje Jess/Martina Riggers, *Verwaltungsreform und GM in: Bernhard Blanke, Handbuch zur Verwaltungsreform*, 2. Aufl., Opladen 2001, S. 187-195

Frauen, hört die Signale!

Jusos und ASF starten erstes bundesweites Mentoringprogramm für junge Frauen

Ende 2005 begannen Jusos und Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) ein bundesweites Mentoringprogramm für junge Frauen. Dabei werden 25 junge Frauen ein Jahr lang von einer erfahrenen SPD-Politikerin als sog. Mentorin gefördert. Dazu gehören neben MdB, viele MdL, zwei Ministerinnen und eine Bürgermeisterin. Die Frauen treffen sich monatlich und vereinbaren Arbeitstreffen. So werden junge Frauen gezielt gefördert. Die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner bildet mit der jungen, aktiven Berliner Genossin Ellen Hausdörfer ein Mentoringpaar.

Fragen an Elke Ferner: Warum ist Mentoring für junge Frauen so wichtig?

Wahlerfolge der SPD sind sehr von der Zustimmung der Wählerinnen abhängig. Sie erwarten, dass die SPD an Parität orientiert ist, und zwar bei ehrenamtlichen Funktionen, bei Mandaten, in beruflichen und

politischen Führungspositionen. Unser Programm soll Anstoß für die Partei sein, auf Unterbezirks-, Bezirks- und Landesebene ähnliche Projekte durchzuführen.

Was hast du deiner Mentee Ellen Hausdörfer mit auf den Weg geben können?

Ich würde mich freuen, wenn ich Ellen – auch durch meinen Weg – ermutigen könnte, ihren Weg fortzusetzen. Ich will ihr Einblicke hinter die Kulissen gewähren und helfen, die „gläserne Decke“ zu durchbrechen, an die jungen Frauen immer noch auf ihrem Weg nach oben stoßen.

Fragen an Ellen Hausdörfer: Welche Erfahrungen hast du bisher im persönlichen Austausch mit Elke Ferner gesammelt?

Der Austausch mit Elke ist offen und intensiv. Sie ist an meinen politischen Zielen und Projekten interessiert und unterstützt mich inhaltlich, wenn sie es schafft, auch vor Ort. Über ihre vielen Funktionen erlaubt Elke es mir, Einblicke in ihre Arbeit,

Kontakte und Arbeitsweise, ihren Erfahrungsschatz zu gewinnen.

Bist du deinen politischen Zielen schon näher gekommen? Politische Ziele erreicht man meist nur im Team mit Geduld, Ausdauer und Kreativität. Das Programm bietet mir die Möglichkeit, ein Netzwerk zwischen den Mentees und meiner Mentorin zu knüpfen zum gegenseitigen, hoffentlich langfristigen Erfahrung-, Ideen- und Kontaktaustausch. Dabei ist es wichtig, dass Rad nicht zweimal erfinden zu müssen, sondern auf Erfahrungen, Wissen und Ideen meiner Mentorin und den Mentees zurückgreifen und auf die jeweilige Situation anwenden zu können – dies allein ist schon hilfreich für das Erreichen meiner politischen Ziele.

□ Info: ✉ Tanja.Bergrath@spd.de,
✉ Britta.Erfmann, asf@spd.de



Elke Ferner.

Foto: SPD-Parteivorstand

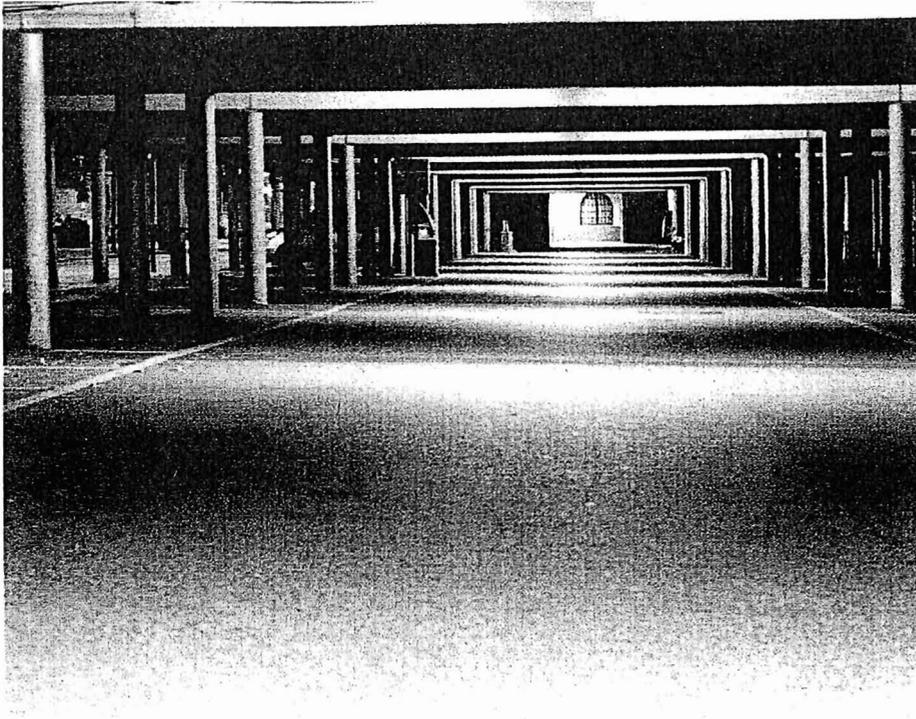


Foto: photocase

Parkhäuser schaffen Unsicherheitsgefühle.

Gender Mainstreaming in der Stadtplanung

Hat Stadtplanung etwas mit dem Geschlechterverhältnis zu tun? Etwas weit hergeholt, könnte man meinen. Ist es aber nicht

Von Daniel Krüger und Kristina Siekermann

Mitte letzten Jahrhunderts untersuchte der amerikanische Psychologe Erik Erikson, wie Kinder mit Bauklötzen spielen und Räume konstruieren. Wichtige Erkenntnis: Jungen bauen oft Straßen und Türme, die zusammenstürzen, Mädchen oft offene Räume. Erikson führte dies auf die unterschiedlichen primären Sexualorgane zurück.

Der berühmte Stadtplaner Le Corbusier ging in seinen städtebaulichen Visionen davon aus, dass Stadtplanung im Maschinenzeitalter nur von oben herab geplant und durchgesetzt werden könnte. Die Geschlechterverhältnisse in der Stadt wurden so zementiert, Produktion und Reproduktion räumlich getrennt: Frauen sollte die Teilhabe an der Erwerbsarbeit nicht ermöglicht werden, vielmehr sollten sie in der modernen Küche die Geschicke der Familie professionell lenken.

„This is a mans world“ (James Brown)

Beides zeigt, dass die heutigen Städte durchdrungen sind von männlicher

Architektur und dass die Stadtplanung bis vor wenigen Jahren von einer Gruppe mit homogenen Interessen ausging. Männer und Frauen nutzen Straßen aber anders, Männer verweilen am Platz oder im Park, auch alleine, Frauen oft in Begleitung. Auch das Wohnen ist ein Problemfeld für Frauen im städtischen Leben, da ihre Belange in Raumaufteilung und Alltagsbedürfnissen wenig berücksichtigt werden. Haus- und Kinderarbeit findet heute unsichtbar in Wohnhäusern statt. Die große, motorisierte Stadt erschwert die Arbeitsbedingungen von Frauen, weil sie Haus- und Kinderarbeit leisten. Den Möglichkeiten für eigenbestimmtes Verhalten sind enge Grenzen gesteckt, denn die kinderbetreuende Person (meist Frauen) ist auf die Nachbarschaft und den Stadtteil angewiesen. Weiteres Problem sind auch Unsicherheitsgefühle von Frauen im öffentlichen Raum, z.B. Parkhäuser, Tunnel oder nicht einsehbare Grünanlagen, die durch eine (antizipierte) erhöhte Gefahr begründet werden. Dass die urbane Monokultur und hegemoniale Maskulinität nicht der Vergangenheit angehören, zeigt der Pots-

damer Platz in Berlin. Dort gibt es fast nur Dienstleister und wenige Wohnungen für Gutverdiener. Reproduktive Tätigkeiten werden in die Öffentlichkeit verlegt, die Haushalte entlastet – freilich nur jene, die keine Angehörigen zu versorgen haben und weiter im privaten Bereich reproduktive Aufgaben übernehmen (oft Frauen).

Mit dem Modellvorhaben „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wurde u.a. das Forschungsfeld Gender Mainstreaming (GM) im Städtebau untersucht. Die beiden Modellkommunen Pulheim und Dessau führen Stadtentwicklung und Planung unter Gender-Gesichtspunkten durch. Während Pulheim auch in Zukunft noch mit Wachstum zu rechnen hat, so das BBR, sinkt die wirtschaftliche Basis in Dessau, der Wohnungsleerstand wächst – Umkehrung nicht absehbar. In Dessau wird GM in der Planung zum Stadtumbau einbezogen – bei der Aufwertung eines Plattenbau-Wohngebiets. Der Anteil der Frauen unter der abwandernden Bevölkerung ist wegen fehlender Dienstleistungsarbeitsplätze sehr groß. Die Stadt richtete so ein Gründerinnenzentrum ein. Ziel ist es, sowohl Beteiligungsprozesse als auch städtebauliche und freiraumplanerische Vorhaben so zu bearbeiten, dass für die Bevölkerung neue und tragfähige Qualitäten entstehen. In Pulheim soll die Grünfläche „Stadtgarten“ neu gestaltet werden, und so initiierte die Stadt eine geschlechtergerechte Befragung. Bei der Planung geht es um Einsehbarkeit von Durchgängen und Beleuchtung von Plätzen. Die Befragung zeigte: Dunkle Ecken schrecken ab, Mädchen wünschen sich ein kleinteiligeres Angebot auf Spielplätzen, Rückzugsräume und saubere Toiletten. Unterschiedliche Nutzergruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Eine Selbstverständlichkeit in einer lebenswerten Stadt für alle, sollte man meinen.



Foto: privat

ExWoSt-Informationen und Infos zu GM unter www.bbr.bund.de/exwost

Kristina Siekermann ist Stadtsoziologin, ✉ kristinasiekermann@yahoo.de



Foto: privat

Daniel Krüger ist Politikwissenschaftler und DEMO-Newsletterredakteur, ✉ krueger@demo-online.de

Frauen nutzen Verkehr anders

Daniel Krüger über die Männerdomäne Verkehrsplanung, unter der Frauen am meisten leiden, da sie andere Bewegungsmuster haben und im Verkehr doppelt benachteiligt werden

Die Beteiligung einzelner Bürger/innen am städtischen Leben hängt stark von der Mobilität ab. Analysen zeigen, dass Frauen und Männer keine gleichen Zugangsmöglichkeiten zu privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Frauen haben oft – bedingt durch höheren Mobilitätsbedarf wegen Haus- und Kinderarbeit – schlechtere Mobilitätsmöglichkeiten als Männer. Die meisten Frauen verfügen über kein Auto. Rund 80 Prozent der Männer von 25 und 40 Jahren verfügen über einen Pkw, Frauen gleicher Altersklasse nur 60 Prozent (abgesehen davon, dass Frauen oft leistungärmer und ältere Fahrzeuge fahren). Auch Führerscheinbesitz und Pkw-Verfügbarkeit beeinflussen die ÖPNV-Teilnahme. Dies wird besonders deutlich bei der Betrachtung älterer Verkehrsteilnehmer. Bei älteren Menschen ist der Anteil der ÖPNV-Nutzer relativ hoch, denn vor allem ältere Frauen haben weniger Pkw und besitzen seltener einen Führerschein.

Frauen nutzen ÖPNV öfter als Männer. Zugleich haben sie oft kleinteiligere und komplexere Wegstrecken durch Haus- und Kinderarbeit zurückzulegen. Sie kombinieren meist kurze Wege zu Ketten zwischen Orten, z.B. wenn sie morgens auf dem Weg zur Arbeit Kinder zur Kita bringen, auf dem Nachhauseweg einkaufen oder z.B. eine pflegebedürftige Person besuchen. In der autozentrierten Verkehrspolitik ist dies eine doppelte Benachteiligung von Frauen, sie sind vermehrt auf ÖPNV angewiesen; andererseits nutzen sie einen ÖPNV, der männlichen Mobilitätsbedürfnissen angepasst ist, denn er ist als Zusatzangebot zur Entlastung der Spitzenzeiten des Individualverkehrs konzipiert.

Viele Alltagsaktivitäten finden im Nahraum statt. Einkauf und Freizeit machen Bürger zu zwei Dritteln in einem Radius bis zu drei Kilometern vom Wohnraum. Nur zur Arbeit fährt man eine größere Wegstrecke. Es fehlen im ÖPNV oft Verbindungen zu nahen Stadtquartieren und in die Zentren, dazu kommen mangelnde Bedienung außerhalb der Hauptverkehrszeiten, fehlende Gepäckablagemöglichkei-

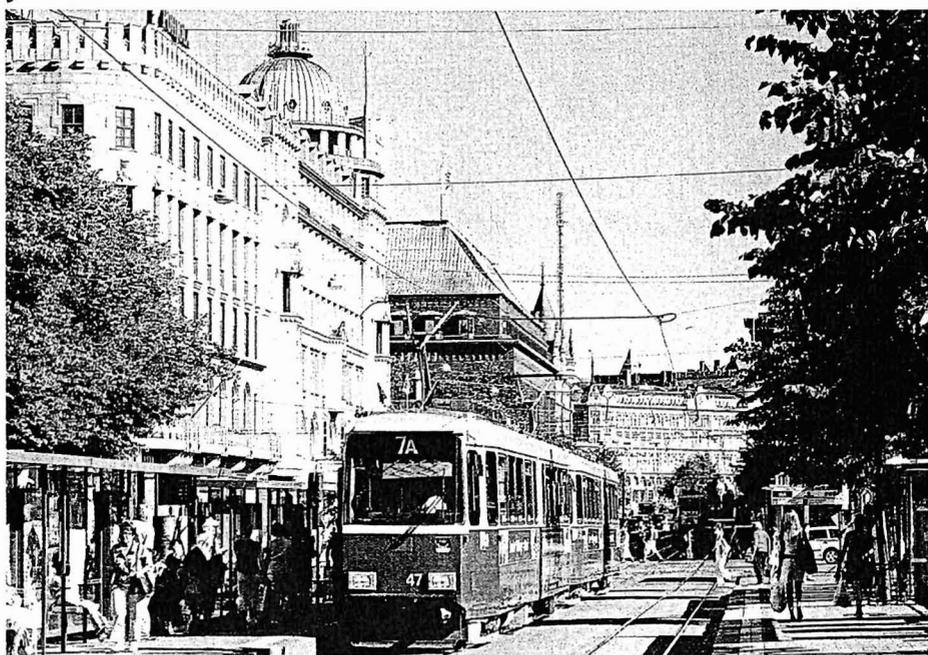
ten oder eingeschränkte Mitnahmemöglichkeiten von Kinderwagen.

Zu Lasten der ÖPNV-Nutzerinnen wurde oft auf das Prinzip „schneller und weiter“ gesetzt statt auf kleinräumige Erschließung. Das betrifft Streckenschließungen, Ausdünnung der Fahrpläne und die Qualität des rollenden Materials. Stehen für Pendler in Ballungsgebieten im Berufsverkehr höchste Standards bereit, müssen Frauen in Randregionen beim Einkaufsverkehr mit minderwertigen Transportmitteln vorlieb nehmen. Zu sagen haben Frauen in der Verkehrsplanung fast nichts – nur eine Handvoll aller leitend bei deutschen Verkehrsunternehmen, -behörden oder -verbänden Tätigen sind Frauen.

Ein gutes Gegenbeispiel ist der Nahverkehrsplan der Region Hannover, in den eine durchgeführte „Erreichbarkeitsanalyse aus Frauensicht“ eingeflossen ist. Überlegt wurde, wie Sicherheitsgefühle von Frauen verbessert werden bzw. die Belange von Frauen in die Planung einfließen können. In Dortmund wurde Ähnliches versucht:

Die „Mobilitätsanforderungen von Frauen“ flossen in das Busnetz 2000 ein – veränderte Linienführungen und mehr kundinnenfreundlicher. Durch Berücksichtigung von Gender Mainstreaming können so mehr Beteiligung von Nutzerinnen und Qualitätsgewinne erzielt werden. Noch sind v.a. ausländische Beispiele vorbildlich. In Montreal können Frauen den Nachtbus zwischen zwei Stationen anhalten lassen, um Wege zu verkürzen, und in Helsinki braucht derjenige, der mit Kleinkind im Kinderwagen fährt, keinen Fahrschein zu kaufen. Ein weiter Weg steht noch bevor.

□ Europäische Kommission (Hg.): „Die Stadt der Gleichstellung. Methodische Grundlagen und Best-Practice-Beispiele für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ unter www.ccre.org/docs/publication_femmes_alle.pdf, Gendersensible Stadtplanung in Hannover unter www.hannover.de, ÖPNV in Dortmund unter frauenbuero@dortmund.de



Von einer Fahrpreisfreiheit für Eltern mit Kinderwagen wie in Helsinkis ÖPNV, sind die meisten deutschen Verkehrsbetriebe weit entfernt.

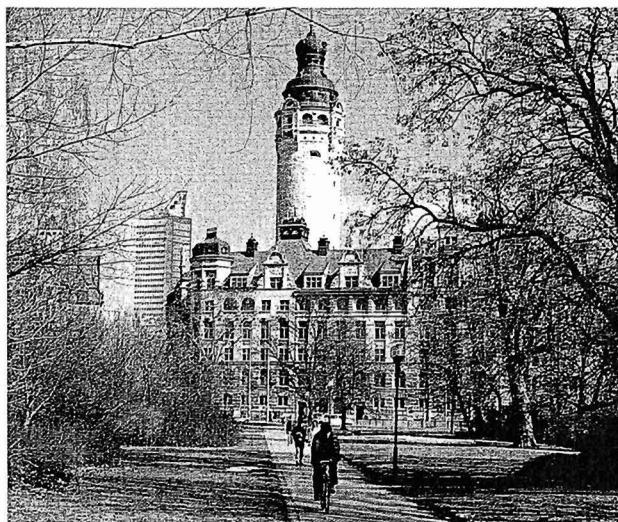
„Sehr geehrte nicht vorhandene Damen ...“

Die ambitionierte Gleichstellungsbeauftragte Genka Lapön, von der SPD einst nominiert, brachte Leipzig als einzige Stadt im Osten in die bundesweite Vorzeigeliste für Gender Mainstreaming

Von Harald Lachmann



Genka Lapön.



Genderpolitik im Neuen Rathaus? – noch lange nicht.

Fotos (2): Lachmann

Genka Lapön ist eine streitbare Frau. Vermutlich muss sie das sein – einerseits als Gleichstellungsbeauftragte in einem Großstadt(männer)rathaus, in dem jüngst mit Kämmerin Bettina Kudla (CDU) erstmals seit 1990 eine Frau in die Dezernentenriege Einlass fand. Und andererseits, weil man es als gebürtige Ausländerin ohnehin nicht leicht hat, einen deutschen Ratsposten zu besetzen. Als vor zwei Jahren eine Aufklärungstour durch alle Ausschüsse unternahm, um die Umsetzungsvorschläge vorzustellen, die der städtische Beirat für Gleichstellung zum Thema Gender Mainstreaming erarbeitete, brauchte sie diese Härte. In manch „klassischen Männerausschuss“, wie sie es spitz nennt, etwa Bau, Wirtschaft und Sport, nahm man sie anfangs nicht so recht für voll. „Sehr geehrte Herren und nicht vorhandene Damen“, verschaffte sie sich indes energisch Beachtung, „ich hoffe, Sie hören mir jetzt fünf Minuten zu – oder ich warte, bis Sie sich beruhigt haben. Und ich habe heute noch sehr viel Zeit ...“

Das ist freilich Geschichte. Im Leipziger Rathaus setzen sich unaufhaltsam die „Hinweise und Empfehlungen zur ge-

schlechtergerechten Sprache“ durch, die die geborene Bulgarin einst per Faltblatt in der Verwaltung verteilte. Und mehr noch, Leipzig – wo anno 1865 mit Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenverbands die bürgerliche Frauenbewegung ihren Anfang nahm – gehört heute zur Handvoll Vorzeigekommunen in Sachen Gender Mainstreaming. Auch Genka Lapöns Posten ist noch nicht so selbstverständlich im Lande. Eine Umfrage des Deutschen Städtetags zum Thema Geschlechtergleichstellung ergab 2003, dass gerade 14 Städte in ihren Fachausschüssen differente Perspektiven von Frau und Mann berücksichtigen; und gerade sechs gaben an, eine bzw. einen Gender-Beauftragte(n) für dieses Querschnittsthema zu haben.

Auch in einer Liste mit 14 Best-Practice-Beispielen des Städtetags findet sich Leipzig – als einzige Stadt im Osten. Hier ist es platziert etwa zwischen Ulm, wo man einen Mädchengerechten Spielplatz schuf, und Darmstadt, das die Jugendhilfe geschlechtsspezifisch profilierte, zwischen Offenbach mit seiner „GM-gerechten“ Erwachsenenbildung und Hannover, wo man Ferienangebote für Jugendliche

gendert. Die Sachsen nahmen sich der Erziehungsberatung an. Ratsuchende werden ermuntert, ihre Probleme auch geschlechtsspezifisch zu reflektieren. „Bekanntlich liegt die zentrale Funktion von Erziehungsberatung in der Stärkung elterlicher Erziehungscompetenz und kindlicher Entwicklungen. Doch hierbei“, so Genka Lapön, „fällt zweierlei auf: Es werden fast nur Jungs als Problemfälle vorgestellt, und in fast zwei Dritteln der Fälle sind es Mütter, die den Kontakt suchen.“

Ein Ratsbeschluss ist noch keine Politik

Diese Schief lagen zumindest ein Stück weit zu korrigieren, dient das Leipziger Projekt. Moralische Unterstützung kommt dabei vom Stadtrat, der sich bereits 2002 klar für Gender Mainstreaming aussprach. Doch eben nur moralische. „...also ohne zusätzliches Geld und zusätzliches Personal“, so Genka Lapön. Doch sie sagt es weder verbittert noch vorwurfsvoll. Sie kennt die Kassenlage. So versucht sie halt, im Vorfeld künftiger Ausschussvorlagen die Weichen so stellen zu helfen, dass nötige Gelder gleich richtig gegendert werden. Andererseits sucht sie halte jene die Quellen, in denen noch Geld sprudelt, namentlich EU-geförderte Projekte. Damit diese sinnvoll beantragt, genutzt und abgerechnet werden können – ganz allgemein ebenso wie geschlechtsspezifisch –, organisiert sie regelmäßig spezielle Schulungen für die Projektbetreiber.

Mit gezieltem Gender Budgeting habe das nur bedingt zu tun, räumt sie ein, aber zumindest befinde man sich auf dem richtigen Weg. Ihr wichtigstes Ziel heißt: „Mehr Frauen in Führungspositionen bringen und mehr Männer in soziale Berufe.“ Gelingt es damit, überholte Geschlechterrollen aufzubrechen, lasse sich das auch in der finanziellen Planung besser einordnen, übt sie sich in Geduld und Zuversicht.

□ Genka Lapön, ☎ (0341) 1 23 26 80, ✉ gleichstellung@leipzig.de, www.gender-mainstreaming.net

Aus Demo 7-8/
2006

Wie gendern im Mainstream?

Zwei Veranstaltungen in Köln und Berlin bilanzierten den Erfolg von Gender Mainstreaming in Städtebau und Verwaltung

Von Daniel Krüger

Dessau, Pülheim und Bremen waren Modellkommunen des 2003 bis 2006 durchgeführten Projekts „Gender Mainstreaming im Städtebau“ vom Deutschen Institut für Urbanistik, dem Büro für integrierte Planung Berlin sowie plan-werkStadt Bremen im „Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“. ExWoSt ist ein Forschungsprogramm des Bundesbauministeriums (BMVBS) und des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Gender Mainstreaming (GM) ist u.a. durch den Koalitionsvertrag 2005 Prinzip des Verwaltungshandelns. GM bedeutet die systematische Einbeziehung der jeweiligen Lebensbedingungen von Frauen und Männern in alle Politikbereiche. Alle Konzepte und Maßnahmen sollen sich am Ziel Gleichstellung orientieren und sind bei der Planung, Durchführung und Bewertung zu prüfen, welche Folgen sie für Frauen und Männer haben. Dass es strukturelle Benachteiligungen gibt, zeigen viele Beispiele (s. DEMO-Titel 4/2006 zu GM).

Ende Mai stellten BBR, BMVBS und Deutscher Städtetag Ergebnisse aus den Modellkommunen vor. Sie repräsentieren eine schrumpfende, eine wachsende und eine stagnierende Stadt unterschiedlicher Einwohnergröße. In Dessau ging es um die Aufwertung von Plattenbauten gemeinsam mit den Bewohnern. Es kam zur Sicherung der Nahversorgung und zur besseren Mischung von Verkehr, Grün, Spielen. In Pülheim wurde mittels Befragung der „Stadtgarten“ neu gestaltet, u.a. vergrößert mit kleinteiligeren Treffpunkten, gruppenspezifischen Angeboten und veränderten Wegen. In Bremen wurde ein Grünzug umgestaltet und an die Zielgruppen angepasst. Fazit: Es gibt kein einheitliches Verfahren, sondern unterschiedliche Wege zur Umsetzung. In den Kommunen gab es langfristige Lernprozesse, eine andere Verwaltungsorganisation ist nötiger denn je. GM im Städtebau hilft, traditionelle Zuschreibungen in Frage zu stellen. So wird die These, nach der Männer die aktive Gruppe sind, durch aktuelle Wanderungsanalysen (hohe Wanderungsverluste

bei ostdeutschen Frauen) widerlegt. Planungsprozesse werden transparenter und Nachbesserungen können vermieden werden. Die Umsetzung ist nur mit engagierten Akteuren (Top-down und Bottom-up) und stetigem Engagement möglich, da sonst keine Routine entsteht.

Berlin wendet als erstes Land Gender Budgeting im Haushalt an

Gute Beispiele von GM und Gender Budgeting (GB), der geschlechtsdifferenzierten Analyse öffentlicher Haushalte, wurden auf dem ersten Fachkongress über GM und GB in der Berliner Verwaltung „Verwaltung gendern im Mainstream“ Mitte Juni im Schöneberger Rathaus vorgestellt. Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linkspartei/PDS) war erfreut über die Fortschritte: „Senatsvorlagen müssen seit 2005 auch einen Gender-Check durchlaufen, ehe sie verabschiedet werden.“ Als erstes Land wendet Berlin GB im Haushalt an: „GB und herkömmliche Frauenförderung haben das gleiche Ziel und ergänzen sich gegenseitig“, so Wolf. Verwaltungsexperten berichten, wie GM in ihren Abteilungen verankert wird und welche Widerstände es gibt. Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wurde erhoben, dass Männer und Frauen in einer Beratungsstelle für pflegebedürftige Perso-

nen unterschiedlich über Anträge befinden. Entscheiden Frauen, erhalten 90 Prozent der Antragsteller, aber nur 67 der Antragstellerinnen Betreuung. Entscheiden Männer, befürworten diese Anträge beider Geschlechter zu 100 Prozent. In der Senatsinnenverwaltung werden betriebliche Gesundheitsangebote geschlechtsspezifisch angeboten, weiter nutzen weniger Männer die Krebsvorsorge. In Lichtenberg werden Bibliotheken und Sporthallen eher von Frauen genutzt, offene Sportflächen mehr von Männern. Dabei gibt der Bezirk mehr für den Unterhalt der Plätze als für Hallen aus. Schwer ist GM, wo Mittel knapp sind: Die Innenverwaltung hat 95 Prozent Personalkosten, die Steuerbarkeit mit den verfügbaren Mitteln ist begrenzt, so Innenstaatssekretär Ulrich Freise (SPD). Finanzstaatssekretärin Gabriele Thöne (SPD), Mitglied der Landeskommision GM, brachte es auf den Punkt: „Das Anschließen von Reformen ist schön, das Weiterleben muss trotz der Mittelknappheit gesichert werden.“

□ Das BBR-Heft „Städtebau für Frauen und Männer“ erscheint im Juli, ☉ gabriele.bohm@bbr.bund.de. Den 3. Bericht über GM und GB in Berlin unter ☉ gm@senwaf.verwalt-berlin.de. Die DEMO 4/06 kann unter ☉ vertrieb@demo-online.de bezogen werden.



Moderatorin Dr. Barbara Stiegler (Ebert-Stiftung), Finanzstaatssekretärin Gabriele Thöne und Innenstaatssekretär Ulrich Freise (von links.).